

Absender:  
**Glogowski, Robert**

**25-26047**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:  
**Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen "Allgemeiner Sozialer Dienst" und "Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften" im Sinne des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)**

Empfänger:  
Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:  
19.06.2025

Beratungsfolge:  
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

01.07.2025

Status  
Ö

**Sachverhalt:**

In der Ratssitzung vom 04.12.2024 hatte ich gefragt:

Wie Jugendlichen einen eigenständigen und umfassenden Zugang zu den Abteilungen „Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst“ und die Abteilung „Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“ erhalten? Wie klärt das Jugendamt Braunschweig Jugendliche über ihre Rechte auf die Teilhabe auf?

Der Gesetzgeber hat mit dem am 10. Juni 2021 in Kraft getretenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) besonders die eigenständige Teilhabe von Kindern in allen Bereich der Jugendhilfe gestärkt. Im Rahmen dieser Gesetzesänderungen wurde in Braunschweig z.B. auch das Jugendparlament eingerichtet.

Besonders in den internen Abteilungen „Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst“ und der Abteilung „Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“, ist eine aktive Teilhabe der Kinder kaum möglich, bzw. wird abgelehnt. Obwohl dies in der Gesetzesänderung vorgesehen ist.

In der Ratssitzung vom 4. Dezember 2024 wurde angekündigt, dass die Verwaltung dieses Thema bearbeiten wird.

Fragen:

1. Welche konkreten Verbesserungen konnten in den Abteilungen „Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst“ und in der Abteilung „Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“ erreicht werden?
2. Welche Maßnahmen mit denen das Jugendamt Braunschweig Jugendlichen aus betreuten Familien und Jugendliche in direkter Betreuung über ihre Rechte auf die Teilhabe aufklärt, wurden umgesetzt?

**Anlagen:**  
keine